

AUSSPRACHE

Geldwert und Außenhandel

Dr. *Franz Theunert* gebührt Dank für die im Februarheft veröffentlichte fundierte Kritik des *Röpkeschen* Aufsatzes über die inflatorische Wirkung der Lohnentwicklung der letzten Jahre. Mit Recht weist Theunert darauf hin, daß die Lohnentwicklung allein nie eine Inflation heraufbeschwören kann und daß das dauernde Ansteigen der Preise in den letzten Jahren noch nicht den Ausdruck „schleichende“ Inflation rechtfertigt. Jede Konjunktur in einer so hoch industrialisierten Wirtschaft wie der unseren muß stets eine Mengen- und Preiskonjunktur sein. Theunert zählt dann eine Anzahl Gründe auf, die seiner Meinung nach für die langsame Geldentwertung der letzten Jahre verantwortlich sind. Dabei wird aber der wichtigste Punkt, die ständige Zunahme des Aktivsaldos unserer Handelsbilanz, vergessen.

Es muß einmal in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, was diese Zunahme des Gold- und Devisenbestandes der Bank deutscher Länder für die Binnenkaufkraft der D-Mark bedeutet. Eine Stabilität der Preise kann nur so lange gewährleistet sein, wie die jährlich bei der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen verausgabten Einkommen auch wieder zum Erwerb dieser Güter und Dienstleistungen ausgegeben werden. Ober den Zins und über unseren ganzen, wenn auch etwas komplizierten, Bank- und Kreditapparat wird auch im allgemeinen für einen Ausgleich zwischen Konsum und Sparen einerseits und Investitionen andererseits gesorgt. Jetzt zeichnet sich aber unsere Außenhandelsbilanz durch ein ständiges Überwiegen des Exports aus. Das bedeutet, daß die Unternehmer einen Teil der im Inland hergestellten Produkte an das Ausland liefern, die hierfür empfangenen Devisenzahlungen bei der Bank deutscher Länder in deutsche Währung umtauschen und mit diesen Geldmitteln am deutschen Binnenmarkt als Käufer auftreten. Es steht diesen Geldmitteln aber kein Fonds von Gütern oder Dienstleistungen gegenüber. Diese sind gegen Devisen ins Ausland gegangen. Das notwendige Gleichgewicht zwischen Produkten und Einkommen könnte nur aufrecht erhalten werden, wenn im gleichen Maße exportiert wie importiert wird, d. h., die für den Verkauf von Gütern und Dienstleistungen an das Ausland eingegangenen Devisen müßten zum Einkauf ausländischer Güter und Dienstleistungen verwendet werden. Geschieht dies nicht, so ist es unvermeidlich, daß auf dem Binnenmarkt ständig ein gewisser Geldüberhang vorhanden ist, dem kein entsprechender Teil des Sozialpro-

dukts gegenübersteht, so daß, um das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen, die Preise steigen müssen.

Diese Tatsache des anhaltenden Aktivsaldos der Außenhandelsbilanz ist nicht der alleinige Grund der ständigen Preiserhöhungen. Viele der von Theunert angeführten Gründe tragen in ähnlichem Maße dazu bei; doch es darf nie vergessen werden, auf diesen wichtigsten Punkt hinzuweisen, wenn die Frage zur Diskussion steht, welche Fakten für unsere langsame Geldentwertung verantwortlich sind. Auch bei langsamerer Lohnentwicklung und einer besseren Proportionalisierung der Investitionen wird die Geldverschlechterung anhalten, wenn nicht in unserer Außenhandelspolitik ein grundlegender Wandel geschaffen wird. *Fred Grondey*

Zum Ruckerplan

Ich kann *A. W. Ruckers* Meinung im Februarheft 1957 nicht zustimmen, daß durch Ungenauigkeiten in der Übersetzung seiner Stellungnahme meine Antwort witzlos geworden ist, zumal ich, wie jeder Leser im Oktoberheft 1956 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ unschwer nachlesen kann, gar nicht genau auf seine Antwort eingehe, sondern die Thesen meines Artikels in Heft 7/1956 präzisiert wiederhole. Meine Ausführungen werden von der von Herrn Rucker freundlicherweise vorgenommenen Korrektur in keiner Weise betroffen.

Bezüglich meiner Behauptung, daß es sich, da *A. W. Rucker* keinen theoretischen Beweis seiner Fast-Konstanten bringen kann, nur um einen Reflex der Konstanz politischer Daten handeln kann, ist angesichts des Standes der Sozialwissenschaften kein quantitativer Beweis zu erbringen. Die Imperialismuskussion hat aber das Thema, wie ökonomische Macht in politische umschlägt, eingehend behandelt. Warum gibt es sonst Pressure-Groups, Lobbyisten, Wahlfonds der Industrie usw.? Die Industrie steckt doch nicht Millionen in Wahlkämpfe, wenn sie sich nicht auszahlen. Da *A. W. Rucker* keine plausible ökonomische Erklärung dafür erbringen kann, daß sich trotz ständiger Änderung fast aller ökonomischer Daten das Verhältnis zwischen Nettoproduktionswert und Lohnsumme seit 50 Jahren nicht geändert hat, spricht die Vermutung für die Auswirkung politischer Machtverhältnisse, die zu stabilisieren nicht im Sinne der Arbeitnehmerschaft liegen kann. Daher habe ich den Rucker-Plan abgelehnt.

Übrigens erinnert mich der Schluß, eine einmal vorgenommene Verteilung des Sozialprodukts als endgültig hinzunehmen, nur weil sie sich seit 50 Jahren gehalten hat, an die Antwort aller Reichen, daß man gegen die Armut deshalb nichts tun kann, weil es immer Arme gegeben hat. *Achim von Loesch*